

III. Metropolen im Krieg

»Die Tatsachen sind immer stärker als alle Einwände. Es war Hungersnot, man bot Speisegelegenheiten, sie wurden benützt, es entstanden immer neue, sie wurden nachgemacht, gut, schlecht, mittelmäßig, viele nur nach dem äußeren Schein, ohne den inneren Sinn zu begreifen, aber immerhin, es kam der Tag, an dem 200.000 Menschen, die es verdienten, am Leben zu bleiben, nur am Leben bleiben konnten, weil es die Gemeinschaftsküchen gab.«

Sozialreformerin Eugenie SCHWARZWALD, »Undankbare Arbeit«, in: Neue Freie Presse, 15. März 1925.

Für die Wiener und Berliner Arbeiter- und Mittelstandsfamilien bedeutete der Kriegsausbruch eine enorme Verschlechterung der Lebensumstände, die im Verlauf des Krieges dramatisch zunehmen sollte. Als Kaiser FRANZ JOSEPH I. am 28. Juli 1914 die österreich-ungarische Kriegserklärung unterschrieb und die deutsche Reichsregierung sich vier Tage später zur »Flucht nach vorn« entschied, gab es in Österreich-Ungarn und im Deutschen Reich so gut wie keine langfristigen kriegswirtschaftlichen und finanzpolitischen Planungen. Die militärischen Führungen gingen von einem kurzen Krieg aus und begannen diesen mit den Erfahrungen des 19. Jahrhunderts in relativer Sorglosigkeit.¹ Nur wenige vorausschauende Zeitgenossen ahnten, welche Auswirkungen ein länger anhaltender großer Krieg auf das Leben in der Heimat haben würde. »[V]on Tag zu

1 Vgl. LANDWEHR, Rolf: »Funktionswandel der Fürsorge vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik«, in: BARON, Rüdiger und DERS. (Hg.), Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Weinheim 1983, S. 73–138, hier S. 74. TEUTEBERG, Hans-Jürgen: »Food Provisioning on the German Home Front 1914–1918«, in: ZWEINIGER-BARGIELOWSKA, Ina, Rachel DUFFETT und Alain DROUARD (Hg.), Food and War in Twentieth Century Europe, London 2016, S. 59–72, hier S. 60. Ferner LÜDERS, Marie-Elisabeth: Das unbekannte Heer. Frauen kämpfen für Deutschland 1914–1918, Berlin 1936, S. 51ff. Vgl. auch WEICL, Andreas: Mangel, Hunger, Tod. Die

Tag«, prophezeite der sozialdemokratische *Vorwärts* bereits in seiner Ausgabe vom 2. August 1914, »[wird] die Preissteigerung eine empfindlichere und für die infolge des Krieges arbeitslosen oder des Ernährers beraubten Massen werden diese Teuerungszeiten zu Hungerzeiten.«² Doch die Mehrheit glaubte fest daran, dass die Truppen zu Weihnachten wieder zu Hause sein würden. Eine Mobilmachung auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung wurde daher nicht in Erwägung gezogen. Ein Irrtum, der »unvorstellbar grausige Jahre«³ nach sich zog – sowohl für die Soldaten in den Schützengräben als auch die Daheimgebliebenen. Es dauerte nicht lange und die prophezeiten Hungerzeiten brachen herein. Bereits im Jahre 1915 wurden in beiden Staaten die ersten Lebensmittel rationiert. Im Jahr darauf waren die österreichische Reichshälfte und das Deutsche Reich den kriegswirtschaftlichen Engpässen nicht mehr gewachsen. Spätestens jetzt entfaltete sich die verheerende Wirkung der im November 1914 durch Großbritannien eingeleiteten Seeblockade in vollem Maße. Zusammen mit der misslungenen Steuerung der wirtschaftlichen Produktion, Transportproblemen und dem Ausbleiben der – für die Versorgung Cisleithaniens dringend erforderlichen – Importe aus der ungarischen Reichshälfte wurde die alliierte Seeblockade für die verbündeten Mittelmächte zur »Hungerblockade«. »Die gegenwärtige Kriegszeit ist ernster als zuvor, die Not im Volke größer als jemals. [...] Was man heute gibt, ist morgen verzehrt, darum reichen die Mittel nur von einem Tag zum anderen.«⁴ So beschrieb ein gemeinnütziger Berliner Verein die Lage um 1916/17 in der deutschen Hauptstadt. Lange Menschenschlangen, die sich um knappe Lebensmittel anstellten, wurden auch auf den Wiener Straßen zu einem vertrauten Bild.⁵ Der Hunger und die Verelendung machten den Menschen im Hinterland den Krieg allgegenwärtig.

Seit Kriegsbeginn versuchten die städtischen Zivilverwaltungen der zunehmenden Not in der Bevölkerung und dem bedrohlichen Lebensmittelmangel entgegenzusteuern. Unterstützung erhielten sie von den lokalen Frauenvereinigungen und privaten Wohltätigkeitsvereinen. Der gut durchorganisierte Einsatz hilfswilliger Frauen war sowohl in Berlin als auch in Wien entscheidend für die Handlungsfähigkeit der insgesamt sehr unüberschaubaren kommunalen Kriegsverwaltungen. In beiden Hauptstädten waren die Organisationsstrukturen der Kriegsverwaltungsapparate ein Produkt kommunaler Improvisation und (später auch) staatlicher Intervention. Mit der Gründung einer Reihe neuer Verwaltungsgremien und Institutionen sollte eine rasche Handlungsfähigkeit vor allem in den Bereichen der städtischen Fürsorge und der Lebensmittelversorgung hergestellt werden. Je länger der Krieg andauerte, desto mehr waren die Berliner und Wiener

Wiener Bevölkerung und die Folgen des Ersten Weltkriegs, Ausstellungskatalog des Wiener Stadt- und Landesarchivs, Reihe B, Heft 90, Wien 2014, S. 14.

- 2 »Wirtschaftlicher Zusammenbuch in einem europäischen Kriege – Teuerungspolitik«, in: *Vorwärts*, 2. August 1914, abgedruckt bei BÖNISCH, Monika, Herrad-Ulrike BUSSEMER und Susanne ROUETTE: »Dokumentation: Der Kriegsbeginn in den Schlagzeilen«, in: August 1914. Ein Volk zieht in den Krieg, hg. Von der BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT, Berlin 1989, S. 11–25, hier S. 21.
- 3 DEGETHOFF DE CAMPOS, Von der Armenpflege, S. 55.
- 4 Kriegsjahresbericht vom Berliner Brockenhaus über das Vereinsjahr 1916–1917, S. 2. LAB, A Rep. 001–02, Magistrat der Stadt Berlin, Nr. 1930.
- 5 Vgl. WEIGL, Mangel, S. 16.

Stadtverwaltungen auf staatliches Handeln angewiesen und desto stärker setzten staatliche wie militärische Vorgaben und die realen Versorgungsbedingungen den kommunalen Eigeninitiativen Grenzen. Sowohl in Berlin als auch in Wien gehörte die frühzeitig eingeführte Massenverpflegung durch Großküchen zu den wichtigsten Notstandsmaßnahmen. Als eine Antwort auf den wachsenden Fürsorgebedarf und die zunehmenden Lebensmittelversorgungsnotfälle fielen die städtischen Massenverpflegungsaktivitäten in die beiden zentralen kommunalen Kriegsverwaltungsbereiche. Mit ihrer wachsenden Inanspruchnahme durch große Teile der Bevölkerung und der mit ihr verbundenen Möglichkeit des sparsamen Kochens weckten sie ein zunehmendes staatliches Interesse am Ausbau der Großküchen. Im Verlauf des Krieges entwickelten sich die öffentlichen Massenküchen für viele Großstädter und ihre Familien zwangsläufig zu einer unentbehrlichen Einrichtung des öffentlichen Lebens.

II Die Auswirkungen des Krieges auf Verwaltung und Gesellschaft in Wien und Berlin

1.1 Improvisierende Behörden: Zwei Stadtverwaltungen im Ausnahmezustand

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges erweiterte sich das Spektrum der von den Kommunalverwaltungen zu bewältigenden Aufgaben innerhalb weniger Tage. Weder der Berliner Oberbürgermeister WERMUTH noch der Wiener Bürgermeister WEISKIRCHNER ahnten, welche Ausmaße die kommunalen Verwaltungsaufgaben annehmen sollten. Während die bisherigen Tätigkeiten der Selbstverwaltung den Kriegsverhältnissen und Forderungen der Militärverwaltungen angepasst werden mussten, verschaffte die Kriegssituation den Stadtverwaltungen eine Reihe neuer Aufgabengebiete, auf die sie nur partiell vorbereitet waren. Dabei deckten die Durchführung umfassender Kriegsfürsorge- und Kriegswohlfahrtsmaßnahmen sowie die dauerhafte Sicherstellung der Lebensmittelversorgung nur einen Teil der neuen kommunalen Aufgabenfelder ab.⁶ Die Stadtverwaltungen beider Hauptstädte waren mit ihren Vorkriegsstrukturen und ihrer personellen Ausstattung allein nicht in der Lage, den neuen Verpflichtungen angemessen nachzukommen. So reagierten die Verantwortlichen in Berlin und Wien während der ersten Kriegstage mit einer den Kriegsverhältnissen mehr oder weniger angepassten Umstrukturierung der Verwaltungsarbeit. Zugleich schlug die Stunde der

6 Weitere Aufgabengebiete der Gemeinden waren, um nur einige Beispiele zu nennen, die Unterstützung bei der Mobilisierung, die Errichtung von Lazaretten, Baracken und Notspitälern und die Bekämpfung der Wohnungsnot sowie die seitens der Wiener Verwaltung zu gewährleistende Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Vgl. hierzu u.a. ENDERLE-BURCEL, Verwaltung, S. 280. So wie KÄBER, Berlin, S. 1ff. Nicht unbedeutend für die Verwaltungsarbeit während der Kriegsjahre war darüber hinaus die permanente finanzielle Überforderung der Kommunen. Die weitreichende Selbstfinanzierung durch aufgenommene Kredite und Anleihen führte zu kommunalen Verschuldungen und brachte die beiden Hauptstädte in »budgetäre Extremsituationen«. Hierzu vgl. EIGNER, Peter: »Der Krieg erobert die Stadt«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/der-krieg-erobert-die-stadt> (04.05.2017). Siehe auch ENDERLE-BURCEL, Verwaltung, S. 281. KÄBER, Berlin, S. 531ff.